

Michael Berger
Historische Vorläufer der Friedensbewegung
Darstellung und Kritik¹

Aus: Initiative Sozialistisches Forum
Frieden – je näher man hinschaut desto fremder schaut es zurück
Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung
 Freiburg (ça ira – Verlag 1984), S. 249 - 269

Die heutige Friedensbewegung, wie sie mit Verzögerung ab 1981 als Reaktion auf den NATO-Nachrüstungsbeschluß entstand, kann man als „Soziale Bewegung“ kennzeichnen. Was eine soziale Bewegung ist, ist zwar unter Soziologen umstritten, aber man kann folgende Kriterien nennen: Soziale Bewegungen werden von sozial identifizierbaren Gruppen getragen, die durch die Herausbildung der gemeinsamen Deutung einer Problemlage kollektive Identität entwickeln und in der Lage sind, eine breitere Basis zu mobilisieren. Die Gruppen und die Bewegung besitzen ein Minimum an organisatorischer Struktur, die ihnen Bestand verleiht, und eine wechselnde Führungsstruktur, die ihnen strategisches Handeln ermöglicht. Aus dem geringen Institutionalierungsgrad ergibt sich, daß sie in Bewegung bleiben muß. Ferner hat das Gemeinschaftshandeln einen höheren Stellenwert; es kommt zu einer typischen Koppelung von subjektiven Motiven und Bewegungszweck. Durch diese Eigenschaften unterscheiden sich soziale Bewegungen von Unruhen, Revolten einerseits und von institutionalisierten Verbänden andererseits: Interessenverbänden, Parteien, Gewerkschaften. Typisch für sozialer Bewegungen ist ferner, daß sie in einen breiteren Protestzyklus eingebunden sind, in dem neue Mobilisierungs- und Aktionsformen ausgetauscht werden. Dies ermöglicht eine rasche inhaltliche und soziale Generalisierung des Protests. Der Höhepunkt des Protestzyklus ist durch breite Massenmobilisierung, eine Woge von Erfolgserwartungen und Verunsicherung herrschender Eliten gekennzeichnet. Für den Erfolg von Einzelbewegungen ist die Einbettung in einen derartigen Protestzyklus von wesentlicher Bedeutung.²

Schon diese formale Beschreibung der jetzigen Friedensbewegung zeigt die Hauptunterschiede zu den früheren Friedensvereinen. Vor dem ersten Weltkrieg war die „Deutsche Friedensgesellschaft“ (so hieß die Hauptorganisation) eine Randerscheinung mit maximal 10.000 Mitgliedern. Sie hing organisatorisch und ideologisch von einigen wenigen Persönlichkeiten ab. In der Weimarer Zeit konnten die Friedensvereine ihre soziale Basis etwas erweitern, brachten es jedoch nie über 50.000 Mitglieder. Es bestand ein hoher Organisationsgrad, der sich u.a. in Abgrenzungskämpfen einzelner Organisationen äußerte. Massenmobilisierung und Einbettung in eine breitere Protestbewegung sind ihnen nie gelungen. Sie blieben wie im Kaiserreich eine verfemte Randgruppe. Nach dem zweiten Weltkrieg entstanden in der Bundesrepublik zwar zwei Massenbewegungen: die „Ohne mich-Bewegung“ und „Kampf dem Atomtod“, aber beide Gruppen befanden sich im Schlepptau von stark institutionalisierten Großorganisationen, der KPD, der Gewerkschaften und der SPD. Durch den Rückzug dieser Organisationen brachen die Bewegungen jeweils zusammen. Eine Friedensbewegung als autonome, außerparteiliche und außerparlamentarische Basis- und Massenbewegung hat keine Vorläufer, weder im Kaiserreich oder in Weimar, noch in der Bundesrepublik. Auch im ideologischen Bereich gibt es kaum eine Kontinuität zwischen alter und neuer Friedensbewegung; wo uns Argumentationen vertraut vorkommen, ergibt sich das aus der Sache selbst, nicht weil frühere Argumente bekannt wären und wieder aufgenommen würden. Es gibt daher kaum etwas aus der alten Friedensbewegung zu lernen; sie hat mehr antiquarisches als pragmatisches Interesse.

Diese These möchte ich verdeutlichen, indem ich für das Kaiserreich, die Weimarer Zeit und die frühe Bundesrepublik die organisierten Friedensbewegungen darstelle. Dabei werde ich jeweils soziale Herkunft, Organisationen, die wichtigsten Ideologien und Persönlichkeiten schildern.

Zwischen Börsenpazifismus und gemäßigtem Militarismus
Friedensbewegung im Kaiserreich

Die politische Kultur im Deutschen Kaiserreich war militaristisch geprägt. Das Reich war durch Kriege gegen Österreich und Frankreich zustande gekommen. Die Liberale -Partei hatte nachträglich ihre Zustimmung zu Bismarcks Verfassungsbruch gegeben und sich über dieser Frage gespalten. Ihr linker Flügel, eine zahlenmäßig kleine Gruppierung, stellte das politische Reservoir der Friedensbewegung. Die hohe Wertschätzung des Militärs („Haben Sie gedient?“), das seinen

¹ Vortrag in der Reihe „Wissenschaft und Rüstung“ am 17.1.1984 des U-Asta der Universität Freiburg

² Karl Werner Brand, Detlev Büsser, Dieter Rucht: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft*. Frankfurt 1983

Ausdruck im Institut des Reserveoffiziers fand³ –, die nationalen Gedenktage wie Sedantag, die Denkmäler im Stil des Freiburger Siegesdenkmals, der Patriotismus an den Schulen und der militärische Stil der Behörden taten ein übriges. Der Hauptmann von Köpenick ist ein ironischer Reflex dieser Situation. Nach dem Amtsantritt Wilhelm II. verschärfte sich das militaristische Klima des öffentlichen Lebens. „Einen Platz an der Sonne“ sollte Deutschland auf dem schon unter die alten Kolonialmächte verteilten Erdball erhalten; das Flottenbauprogramm zur Unterstützung der imperialistischen Politik fand breite Zustimmung, die in der Gründung von Massenverbänden wie dem Alldeutschen Verband und dem Flottenverein beredten Ausdruck fand. Die Friedensbewegung mußte daher importiert werden.

In den USA und in England waren schon im ersten Dritten des 19. Jahrhunderts Friedensgesellschaften entstanden, die einerseits in der Tradition der Quäker standen, andererseits im internationalen Frieden die beste Gewähr für den Freihandel erblickten. In der Tradition der Antisklavereikongresse wurde 1843 in London die erste Friedenskonferenz mit englischen und amerikanischen Teilnehmern abgehalten, die 54 Regierungen aufforderte, künftig auf Kriege als Mittel der Politik zu verzichten. Bis 1853 fanden vier weitere Kongresse statt, die von berühmten Freihändlern inhaltlich bestimmt wurden⁴ (inzwischen auch aus Frankreich und Deutschland).

Victor Hugo rief auf dem Pariser Kongreß 1849 aus, was bis heute das non plus ultraliberaler Friedensvorstellungen ist: „Ein Tag wird kommen, an dem es keine anderen Schlachtfelder geben wird als die Märkte, die sich dem Handel, und die Geister, die sich den Ideen öffnen. Ein Tag wird kommen, an dem die Kugeln und Granaten ersetzt werden durch das Stimmrecht ... der Völker, durch das erhabene Schiedsgericht eines großen souveränen Senates ... für Europa.“⁵

Klarsichtig schrieb Marx über diese Kongresse an Engels: „Du weißt, daß ich im General Council gegen den Anschluß an die Friedenswindbeutel sprach. Meine Rede dauerte about 1/2 hour ... Die Esel von dem Peace Congress ... änderten ganz ihr ursprüngliches Programm und schmuggelten in dem neuen, das viel demokratischer ist, selbst die Worte ein „the harmonizing of economic interests with liberty“, eine weitschichtige Phrase, die auch bloßen freetrade meinen kann.“⁶

Die europäische Wirtschaftskonjunktur nach 1850 machte die Sorgen der Freihändler vorübergehend gegenstandslos. Erst nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870 nahmen in England, Frankreich, USA, der Schweiz und in Österreich die Friedensgesellschaften erneut Aufschwung, in Frankreich und USA nun unter stärkerer Beteiligung der Frauen.⁷ In der Schweiz hatten sich neben freihändlerischen Vereinen pädagogische Friedenserziehungsvereine gegründet, und in Österreich bildeten sich kleine Zirkel von Geheim- und Hofratspazifisten, in deren adligen Umkreis auch Bertha von Suttner gehörte.

Die 1843 in Prag geborene Bertha Freiin von Suttner, auf Reisen mit ihrer Mutter durch die Spielsalons Europas international gebildet, griff - leicht begeisterbar für alle neuen Ideen, auch die Friedensidee auf. Sie hatte schon vorher Erzählungen und Romane über den Darwinismus, das Maschinenzeitalter, die USA, den Sozialismus und die Frauenemanzipation verfaßt. Für die englische Friedensgesellschaft wollte sie einen Roman schreiben, der das Schicksal einer Frau schildert, die ihre Männer in den Kriegen 1859, 1864, 1866 und 1870 verliert. Den Riesenerfolg des Romans „Die Waffen nieder“ von 1891 hatte sie selbst nicht vorausgesehen. Mit den Mitteln des poetischen Realismus werden die Kriegsgreuel geschildert, in denen nahe Verwandte und Freunde sich gegenseitig niedermetzeln. Die Rettung aber wird vom Kaiser erwartet, den die Heldin in Gedanken auffordert, seinem Volk ein, sanfter Führer und der Welt ein Friedensgott zu sein. Dieser humanitäre Pazifismus blieb der Grundton der Friedensbewegung: „Es ist wahrscheinlich das Schicksal der Bewegung gewesen, daß ihr Ausgangspunkt der larmoyante Roman einer sehr feinfühlig und sehr weltfremden Frau war. Das ungewöhnliche und reine Wollen der Suttner in allen Ehren, aber sie fand für die Idee keine stärkere Ausdrucksform als die der Wehleidigkeit. Sie kämpfte mit Weihwasser gegen Kanonen, sie adorierte mit rührender Kindlichkeit Verträge und Institutionen, eine Priesterin des Gemüts, die den Königen und Staatsmännern ins Gewissen redete und die halbe Aufgabe als gelöst ansah, wenn sie freundlicher Zustimmung begegnete“, schrieb Carl von Ossietzky.⁸

Diese Charakterisierung stimmt, wird aber der unermüdlichen Reise- und Vortragstätigkeit nicht gerecht. Ihr zu Ehren veranstaltete die Berliner Presse ein Bankett, aus dem dann am 9. November 1892 die „Deutsche Friedensgesellschaft“ hervorging. Sie war ein Zusammenschluß lokaler Friedensvereine, deren ältester in Frankfurt seinen Sitz hatte.

Der erfolgreiche Patentanwalt Franz Wirth, der schon die Frankfurter Gewerbeakademie, den

³ Hartmut John: *Das Reserveoffizierscorps im Kaiserreich 1890-1914*. Frankfurt 1981

⁴ Friedrich Karl Scheer: *Die Deutsche Friedensgesellschaft 1892-1933*, Frankfurt 1981; Dorothee Stiewe: *Die bürgerliche deutsche Friedensbewegung bis zum Ende des 1. Weltkriegs*. Diss. Phil. Freiburg 1972

⁵ Rolf Italiaander: *Friedensdenker und Friedensgedanken*. Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale f. politische Bildung, Friedensprobleme Heft 6, Hannover 1970, S. 70.

⁶ MEW Bd. 31, S. 337-338

⁷ In Frankreich durch die Tochter Victor Hugos und der Töchter Marx, in USA durch Julia Ward Howe

⁸ Bruno Frei: *Carl von Ossietzky, eine politische Biographie*. Berlin 1978, S. 54

Verein zur Verbreitung von Volksbildung, den Arbeiterbildungsverein, den Journalisten- und Schriftstellerverein, den Turnverein und den Schlittschuhclub mitgegründet hatte, rief 1886 zur Gründung eines Friedensvereins auf, der sich vor allem gegen Bismarck und die preußische Dominanz in Frankfurt richtete. Das Schwergewicht der Friedensvereine bis 1918 lag deshalb im liberalen Süddeutschland. Die fünfzig ersten Mitglieder waren Bankiers, Kaufleute, Fabrikanten und Privatgelehrte. Bis 1911 brachte es der Verein auf nur 500 Mitglieder in der 180.000 Seelen-Stadt; dennoch war es außer dem Hamburger der größte deutsche Friedensverein überhaupt. Man traf sich unregelmäßig; etwa einmal im Jahr wurden öffentliche Vorträge veranstaltet etwa über „Krieg und Kultur“, „Kulturentwicklung und Weltpolitik“. Durch Vortragsveranstaltungen in Nachbarstädten suchte man neue Vereine zu gründen. Man bezog ein bis zwei Friedensblätter, druckte dann und wann ein Flugblatt und korrespondierte mit befreundeten Vereinen. Die Finanznot war chronisch, der Jahresetat überstieg selten 2000 Mark.⁹

Bis 1914 entstanden vor allem in Süddeutschland etwa 100 Ortsgruppen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern, gemessen an den 85.000 Mitgliedern des Flottenbauvereins eine verschwindend geringe Anzahl. Die soziale Herkunft war gegenüber den Frankfurter Gründungsmitgliedern recht verschieden. Volks- und Mittelschullehrer, kleine Angestellte und Beamte der Kommunalverwaltung, kleine Kaufleute und einige Vertreter der freien Berufe, Ärzte, Anwälte, Schriftsteller. Ganz fehlten Arbeiter und Landwirte, ebenso mittlere und größere Industrielle. Mit ganz wenigen Ausnahmen fehlten auch die Geistlichen beider Konfessionen. In der Regel waren es ältere Menschen. Auffallend ist der hohe Anteil an Frauen, was bei dem vorherrschenden Patriarchalismus der wilhelminischen Gesellschaft dem Ansehen der Friedensvereine abträglich war und dem öffentlichen Vorurteil, es handle sich um einen verweichlichten Haufen Drückeberger, Vorschub leistete. „Die Waffen hoch, das Schwert ist Mannes eigen, wo Männer fechten, hat das Weib zu schweigen. Doch freilich, Männer gibts in diesen Tagen, die sollten lieber Unterröcke tragen.“¹⁰ Infolge der Mitgliedschaft der Frauen mußten die Vereine auf ihren unpolitischen Charakter achten, da den Frauen bis 1907 die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten war.

Die Friedensvereine konkurrierten demnach mit den nationalen Vereinen um dieselben -kleinbürgerlichen Schichten, die sich vermeintlich oder wirklich durch die rapide fortschreitende Industrialisierung in ihrem sozialen Status bedroht sahen. Der größere Erfolg der militaristischen Verbände beruhte darauf, daß sie diesen Schichten eine Statusaufwertung mittels imperialistischer Politik glaubhaft machen konnten. Damit erschien die vom Pazifismus behauptete selbstmörderische Gefährdung durch Aufrüstung als völlig unglaubwürdig.¹¹ Bei den politischen Parteien außer den linksliberalen Splittergruppen fand die Friedensgesellschaft keine Unterstützung. Konservative, Nationalliberale und das katholische Zentrum lehnten die Ziele der Friedensbewegung entrüstet ab.

Die Sozialdemokratie war gegenüber den kleinbürgerlichen Friedensvorstellungen zu Recht mißtrauisch. Ihr Gothaer Programm von 1875 hatte die stehenden Heere durch Milizen ersetzen wollen. Das Erfurter Programm von 1891 hatte zwar die Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte gefordert, aber führende Mitglieder wie August Bebel und Gustav Noske wären bereit gewesen, selbst die Flinte auf den Buckel zu nehmen, wenn es für das Vaterland gegen Rußland ginge (Parteitag Essen 1907). Auf den Parteitagen in Hamburg 1897 und Hannover 1899 kritisierten die Sozialdemokraten zwar den Militarismus, dennoch aber lehnte der Parteitag von Mannheim 1906 den Antrag Liebknechts ab, eine gezielte antimilitaristische Propaganda zu entfalten. Der Erhöhung der Heeresmittel 1913 stimmte die Reichstagsfraktion deshalb zu, weil mit ihr eine gestaffelte Erhöhung der Vermögensteuer verbunden war. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 ist bekannt, der pazifistische Flügel der SPD betrug kaum ein Drittel der Mitglieder und kam erst mit der Gründung der USPD während des ersten Weltkrieges zu politischer Geltung. In der Zweiten Internationale war dieselbe Spaltung vorhanden, und ihr Beschluß von Basel 1912, einen imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse zu verwandeln, hatte nur eine knappe Mehrheit gefunden und mußte daher deklamatorisch bleiben.¹²

Somit fand der Pazifismus nur beim süddeutschen Linksliberalismus parlamentarische Unterstützung. Die Norddeutsche Freisinnige Vereinigung sprach sich wegen ihrer Verbindung zu den Werften für die Flottenrüstung aus. Im Linksliberalismus lebte die Philosophie des Freihandels, des damit verbundenen Internationalismus und der Widerstand gegen die Bismarcksche Heerespolitik fort.

Ihr Hauptsprecher war Herrmann Fried (1864-1921), der den gefühlsmäßigen Pazifismus Bertha von Suttners durch einen wissenschaftlichen Pazifismus überwinden wollte. Der Berliner Buchhändler war aus Begeisterung für Bertha von Suttner zur Friedensbewegung gestoßen; ein

⁹ Alexander Dietz: *Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein*, Frankfurt 1911

¹⁰ Stiewe, a.a.O., S. 126

¹¹ Karl Holl: Die deutsche Friedensbewegung im wilhelminischen Reich, in: *Kirche zwischen Krieg und Frieden*, hg. v. W. Huber und J. Schwerdtfeger, Stuttgart 1976, S. 321-372

¹² Hans Joseph Steinberg: *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie*, Berlin 1979; Hans Christoph Schröder: *Sozialismus und Imperialismus*, Hannover 1968

stiller, individualistischer Mann und schlechter Redner, der ganz auf die Kraft des aufklärerischen Wortes vertraute. Er gab die Zeitschrift „Die Waffen nieder“ heraus. Ab 1899 hieß sie „Friedenswarte“, sie besteht bis heute. Ab 1906 erschien sie mit dem Titelbild zweier ineinandergreifender Zahnräder, wodurch sie sich von der Sentimentalität bisheriger Symbolik absetzen wollte: „Keine Ölweige, keine Tauben, keine Engel, keine weißen Fahnen, keine zerbrochenen Schwerter, keine Pflugscharen.“¹³ 1911 erhielt er den Friedensnobelpreis, 1913 wurde er Ehrendoktor der Universität Leyden. In der praktischen Organisation stand er am Rande. Verarmt und einsam starb er in Wien. Ausgangspunkt seiner Überlegungen – unter dem Einfluß von zwei berühmten Werken eines russischen und englischen Autors¹⁴ – waren die liberalen Vorstellung von den wirtschaftlichen Vorteilen eines gesicherten Friedens und den verheerenden Folgen eines zukünftigen Krieges. Zwischen den Staaten herrsche Anarchie und die Konkurrenz politischer Kleinbetriebe. Nach dem Vorbild schon bestehender, wirtschaftlicher, technischer Organisationen – er dachte hier an den Weltpostverein oder den internationalen Telegraphenverein – sollten die Staaten diese Anarchie durch Einrichtung administrativer Organisationen beseitigen.

„Organisiert die Welt“ war das Schlagwort seines Pazifismus, von dem die gesamte Vorkriegsbewegung den Namen „organisatorischer Pazifismus“ bekam, weil er die Heilmittel des Friedens in internationalen Organisationen und der Schiedsgerichtsbarkeit sah. Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 erschienen ihm als hoffnungsvoller Anfang des organisatorischen Pazifismus. Mit ungebrochenem Optimismus erhoffte er die ständige Weiterentwicklung dieser Organisationsformen, von denen er glaubte, daß sie sich mit naturwissenschaftlicher Notwendigkeit herstellen würden.

Neben diesem „organisatorischen Pazifismus“ gab es den moralischen Pazifismus. Ihre wichtigsten publizistischen Vertreter waren der Pädagoge Friedrich Wilhelm Förster- (1869-1968) und einer der wenigen Geistlichen in der Friedensbewegung, der evangelische Stuttgarter Stadtpfarrer Otto Umfried (1857-1927), Vizepräsident der Deutschen Friedensgesellschaft 1902-1914. Für Förster ist die individuelle innere Umkehr des Menschen Voraussetzung des internationalen Friedens und „die Ablenkung von vergänglichen auf unvergängliche Ziele, das einzig gültige Mittel, um die Hauptquelle der Gewalt zu verstopfen“. Die Forderungen von Arbeitern, Dienstboten, revoltierenden Jugendlichen waren ihm „Bestrebungen unreifer Kinder“¹⁵. Ähnlich äußert sich Umfried: „Ich weiß keinen Stand, der nicht mit Freuden unser Werk begrüßen sollte. Wird nicht sogar der Thron der Fürsten fester stehen, wenn er den Erschütterungen eines Krieges nicht mehr ausgesetzt in der Zufriedenheit beglückter Völker seine stärkste Stütze findet? Wie ruhig könnte der Landmann seinen Acker pflügen, der Kaufmann seine Unternehmungen beginnen... Welche Lust wäre es dann, die überschüssige Bevölkerung in Kolonien anzusiedeln und den Auswanderern ihr Bündel zu füllen.“¹⁶

Zusammenfassend läßt sich die Ideologie des deutschen Vorkriegspazifismus so kennzeichnen: Das soziale Ausbeutungssystem des Kapitalismus wurde vorbehaltlos akzeptiert. Deshalb konnte die kriegsfördernde Bedeutung des Finanzkapitals und der Rüstungsindustrie überhaupt nicht in den Blick kommen. Großagrarier und Militaristen galten als einzige Kriegstreiber. Die Nationalstaaten und ihr territorialer Bestand galten als unverbrüchliches Heiligtum. Forderungen französischer Pazifisten, im annektierten Elsaß-Lothringen eine Volksabstimmung durchzuführen, wurden von deutschen Pazifisten scharf zurückgewiesen. Ein nationaler Verteidigungskrieg galt als selbstverständlich, ebenso eine maßvolle Kolonialpolitik als deutsche Kultur-aufgabe. Kriegsdienstverweigerung war ein abstruser Gedanke. Der Friede sollte durch internationale Verträge, Schiedsgerichtsbarkeit und Staatenbünde gewährleistet werden. Adressat der Friedensbemühungen waren folgerichtig die regierenden Häupter. Damit schätzten führende Vertreter der Friedensbewegung wie Fried die Realpolitik falsch ein. Die Niederschlagung des Boxeraufstandes in China galt ihm als Vorbote einer solidarischen Aktion der Europäer und als Vorbote der Vereinigten Staaten von Europa. Die Marokkoabenteuer Wilhelms II. sah er als Zeichen seines Friedenswillens. Es ist daher nicht falsch, die Pazifisten des Kaiserreichs als gemäßigte Militaristen zu bezeichnen.

Friedensbewegung im ersten Weltkrieg

Der Ausbruch des ersten Weltkriegs kam für die Pazifisten völlig überraschend. Ein kleiner Teil machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und schwenkte auf die allgemeine Kriegsbegeisterung und den offiziellen Patriotismus ein. Die Mitgliederzahl der Vereine halbierte sich, nur wenige, meist prominente Mitglieder protestierten öffentlich, wie z.B. Albert Einstein und, zu seiner Ehre sei es erwähnt, Friedrich Wilhelm Förster.

¹³ Scheer, a.a.O., S. 127

¹⁴ Johann von Bloch: *Die wahrscheinlichen und politischen Folgen eines Krieges zwischen Großmächten*. Berlin/Berlin 1901; Norman Angell: *The great Illusion*, London 1902

¹⁵ Stiewe, a.a.O., S. 277

¹⁶ Scheer, a.a.O., S. 169

A.H. Fried gab von der Schweiz aus die „Friedenswarte“ weiter heraus, andere Organe wurden bei Kriegsausbruch unter Zensur gestellt oder gänzlich verboten. Im April 1916 wurde die Buchhandlung der Friedensgesellschaft behördlich geschlossen. Aber man traf sich noch in einem Berliner Café unter Polizeikontrolle. Der Rest der Tätigkeit der Friedensgesellschaft wurde im April 1917 mit der Begründung verboten, daß „die Vereinstätigkeit von Freunden mit pazifistischen Neigungen in der gegenwärtigen Zeit eine Bedrohung der staatlichen Wohlfahrt darstellt und dadurch eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung“.¹⁷

Dabei waren die Stellungnahmen führender Pazifisten meist vorher mit den Regierungsstellen abgestimmt. Zwar wandte man sich gegen die Annexionspropaganda, aber die Kriegsziele im Osten und Westen wurden unterschiedlich bewertet: Im Osten werden „Kulturwerte“ freigesetzt, im Westen zerstört. Elsaß-Lothringen sollte daher beim Reich verbleiben, während im Osten die Gebiete von der russischen Vorherrschaft freibleiben sollten. Der Diktatfriede von Brest Litowsk wurde dann aber doch abgelehnt.¹⁸ Nur zwei Initiativen während des ersten Weltkriegs verdienen besondere Erwähnung. Im April 1915 wurde von Internationalen Frauenorganisationen in Haag ein Friedenskongreß abgehalten. Der „Bund Deutscher Frauenvereine“, die Dachorganisation der deutschen Frauenbewegung, lehnte seine Teilnahme als unvereinbar mit „der vaterländischen Gesinnung und der nationalen Verpflichtung der deutschen Frauenbewegung“ ab. Die Vorsitzende Gertrud Bäumer zog die Parallele, daß „eine Verwandtschaft bestehe zwischen der Mutter, die mit Todesgefahr ihr Kind dem Lichte schenkt, und dem Manne, der sein Leben in die Schanze schlägt für die Zukunft seines Landes“.¹⁹

Das entsprach der bisherigen Politik der Frauenverbände, die in einer unpatriotischen Haltung eine zusätzliche Gefährdung des von ihnen geforderten Stimmrechts sahen. Die von der Münchner Pazifistin Selenka organisierte Welle von Frauenkundgebungen anlässlich der ersten Haager Konferenz (1899) war eine Ausnahme geblieben. Anträge, Friedensarbeit in das Programm der Frauenverbände aufzunehmen, waren jeweils an den Mehrheitsverhältnissen gescheitert. Unter dem Eindruck des Krieges wuchs die Opposition. 28 Frauen nahmen an der Haager Friedenskonferenz teil und gründeten im Anschluß daran eine „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“, die erst in Weimar zu breiterer Wirksamkeit kommen konnte, darunter Anita Augspurg (1857-1942) und Gustava Heymann (1868-1943).²⁰

Die zweite Initiative war die Gründung einer Tarnorganisation im Stil eines englischen Clubs: Der „Bund Neues Vaterland“. Es sollte eine Arbeitsgruppe einflußreicher Persönlichkeiten sein, um den „Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und der Verständigung zwischen Kulturvölkern“ zu fördern. Der Bund wurde im November 1914 gegründet, 1916 verboten, 1918 wiedergründet und 1921 als „Deutsche Liga für Menschenrechte“ fortgesetzt. Zu seinen Mitgliedern gehörten Albert Einstein, Kurt Eisner, Gustav Landauer, Alexander Futran, Hans Paasche und die Mitglieder der „Deutschen Friedensgesellschaft“ Quidde, Schücking, Tepper-Laski, Lehmann-Russbüldt. Das Besondere dieses Bundes war, daß er erstmals den Zusammenhang von Parlamentarisierung und friedlicher Außenpolitik hervorhob, ohne sich jedoch auf die Republik als Staatsform festzulegen. Außerdem brachte er der USPD und der Arbeiterbewegung große Sympathien entgegen und beschloß 1918, sich programmatisch auf sozialistische Grundlage zu stellen.²¹ Dies eröffnete der Friedensbewegung ein neues Mitgliederreservoir.

Die Weimarer Zeit

Am Ende des Weltkrieges sympathisierten auch heimkehrende Frontsoldaten mit der Friedensbewegung, nahmen an Demonstrationen teil, zogen sich aber nach dem Verblässen der Kriegserlebnisse zurück. Wichtiger war, daß nun auch Sozialdemokraten den Friedensvereinen beitraten, insbesondere in den nördlichen Randgebieten des Ruhrgebietes mit dem Zentrum Hagen. Das regionale Schwergewicht der Friedensgesellschaft verschob sich von Süd- nach Westdeutschland. Es waren jedoch weniger sozialdemokratische Arbeiter als Angestellte, so daß die soziale Zusammensetzung der Friedensbewegung überwiegend vom unteren Mittelstand geprägt wurde und demnach dem Wählerpotential entsprach, das auch die konservativen Parteien umwarben. Nach einer Statistik von 1927 waren fast die Hälfte der Mitglieder der deutschen Friedensgesellschaft Sozialdemokraten (44 %), ein Viertel Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (26 %), 5 % der Zentrumspartei und der Rest war parteilos. Neu war, daß der Friedensbewegung eine Reihe ehemaliger Generäle beitraten (Schönaich, v. Deimling) und viele Linksintellektuelle mit der Friedensbewegung sympathisierten, z.B. Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, der nach kurzer Sekretärstätigkeit aus der Friedensgesellschaft wieder ausschied und sein Organ „Die Weltbühne“

¹⁷ Richard Barkeley: *Die Deutsche Friedensbewegung 1870-1933*, Hamburg 1948

¹⁸ Scheer, a.a.O., S. 319

¹⁹ Stiewe, a.a.O., S. 134

²⁰ *Womens International League for Peace and Freedom 1915-1965*. London 1965

²¹ Deutsches Friedenskartell, Deutsche Friedensgesellschaft, Liga für Menschenrechte, Bund Neues Vaterland. In: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, 2 Bde.. Leipzig 1968, Neuauflage Köln 1983

zum Forum der heftigen ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensvereine machte.

Die Friedensgesellschaft organisierte auf ihrem Höhepunkt 1926 ca. 130 Ortsgruppen mit 30.000 Mitgliedern²²; die Friedensvereine insgesamt 50.000 Mitglieder. Die Deutsche Friedensgesellschaft blieb nicht die einzige pazifistische Organisation. Es entstanden etwa ein Dutzend Vereinigungen, die sich 1921 zum „Deutschen Friedenskartell“ zusammenschlossen.²³ Einige dieser Vereine verdienen besonders erwähnt zu werden. Kurt Tucholsky gründete mit anderen den „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“. Sein Ziel war es, in jährlichen Demonstrationen am 4. August die Öffentlichkeit gegen den Krieg aufzurütteln. Nach zwei Jahren aber erlosch das öffentliche Interesse, mit pazifistischen Parolen an den Krieg erinnert zu werden. Ausschlaggebend für das baldige Ende des Bundes war jedoch, daß die Hauptteilnehmer der Demonstrationen aus der Arbeiterschaft kamen, SPD und Gewerkschaften aber nicht unter bürgerlicher Führung demonstrieren wollten, dem Bund jedoch gleichzeitig die Teilnahme an den Maifeiertagen untersagten. Die KPD organisierte ihre eigenen Antikriegsdemonstrationen, und so hörte der Bund 1926 faktisch auf zu bestehen.

Von dem expressionistischen Dichter Armin T. Wegner (1888-1978) wurde der „Bund der Kriegsdienstgegner“ ins Leben gerufen, der sein ideologisches Profil vor allem durch Helene Stöcker erhielt. Ziel der Organisation war, innerhalb der Friedensbewegung, die vor 1918 jede Art von Kriegsdienstverweigerung abgelehnt hatte, für radikale Kriegsdienstverweigerung zu werben. Abgelehnt wurde nicht nur der Militärdienst, sondern auch Zivil- und Arbeitsdienst und Arbeit in Rüstungsfabriken. Der Bund blieb sehr klein und sein Einfluß innerhalb der Friedensbewegung gering, zumal es während der Weimarer Republik keine Wehrpflicht gab. Er wurde durch die Nationalsozialisten so gründlich zerschlagen, daß er nach 1945 auch personell völlig neu beginnen mußte.

Die Spannweite der Positionen innerhalb des Friedenskartells zeigt sich am Beispiel des „Friedensbundes Deutscher Katholiken“. Er wurde 1919 unter dem Einfluß Matthias Erzbergers gegründet und suchte vor allem Kontakte zur französischen katholischen Friedensbewegung. Zwischen dem Zentrum, das den Monopolanspruch auf die Vertretung des politischen Katholizismus behauptete, und der Amtskirche, die ihre Lehre vom gerechten Krieg bestritten sah, mußte der Bund um sein Überleben fürchten. Aus Jugendbewegung und Zentrumsjungwählern erhielt er nach 1925 etwas Zulauf, vor allem als das Zentrum sich 1928 für den Panzerkreuzer A aussprach. Da der Bund in der katholischen Arbeiterschaft und den christlichen Gewerkschaften kaum Anhänger gewann und der Versuch einer linkskatholischen Parteigründung scheiterte (Christlich Soziale Reichspartei, Vitus Heller, 1928), konnte er nicht einmal sein Minimalziel, „Sauerteig in der katholischen Bevölkerung zu sein“, erreichen. Dem Deutschen Friedenskartell schlossen sich noch andere Vereinigungen an, die nicht primär pazifistische Ziele hatten, deren Name Programm war: Bund für radikale Ethik, Bund religiöser Sozialisten, Deutscher Monistenbund, Bund entschiedener Schulreformer, Deutscher Bund für Mutterschutz, Volksbund für Geistesfreiheit, Versöhnungsbund usw., usf.²⁴

Im Unterschied zur heutigen Friedensbewegung waren die Bünde streng vereinsmäßig organisiert und nicht Teil einer sozialen Protestbewegung. Wie die Jugendbewegung in der Weimarer Zeit gehörten die meisten dieser Vereine zur Lebensreformbewegung, die in der Abkehr von einer verderbten Zivilisation träumten und von der Rückkehr zu angeblichen Natürlichkeit. Individuelle Umkehr, nicht gesellschaftliche Emanzipation war ihr Ziel. Da ein großer Teil der Friedensbewegung aus einem sozial konservativen und nationalistisch eingestellten Vorkriegspazifismus stammte, der nun mit sozialdemokratischen, teilweise kommunistischen oder anarchistischen Strömungen konfrontiert wurde und sich mit idealistischen Volkserziehern auseinanderzusetzen hatte, leuchtet ein, daß die Geschichte des Friedenskartells eine Geschichte ideologischer Querelen um Ziele und Mittel der Friedensbewegung werden mußte. Jede der Vereinigungen hielt zahllose Versammlungen ab, druckte Flugblätter, hatte kleine, auflagenschwache Publikationen; gemeinsame Aktionen kamen nur selten zustande. Politisch wirksam wurden sie nur, wenn sie sich an Aktionen der großen Parteien angeschlossen. So wandte sich das Kartell im Herbst 1923 mit einem Aufruf gegen den Ausnahmezustand in der Folge der französischen Ruhrbesetzung, unterstützte 1926 den von der Kommunistischen Partei begonnenen Volksentscheid zur Fürstenenteignung und beteiligte sich 1928 an dem ebenfalls von der Kommunistischen Partei initiierten Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer A. Ideologisch war der kleinste gemeinsame Nenner der Antimilitarismus. Daher bestand Einigkeit in einer umfangreichen publizistischen Bekämpfung der heimlichen deutschen Wiederaufrüstung durch die Reichswehr, was zu zahlreichen Landesverratsprozessen führte.

Das Kartell zerfiel 1929, und der Anlaß ist bezeichnend. Als Helene Stöcker den Antrag stellte, sich für die Aufhebung des Demonstrationsverbotes am 1. Mai 1929 in Berlin einzusetzen,

²² Guido Grünwald: Stimme der Völkerverständigung und der Humanität. Die Deutsche Friedensgesellschaft 1892-1933. In: *Friedensanalysen für Theorie und Praxis* 10. Frankfurt 1979, S. 179-200

²³ Karl Holl, Wolfgang Wette (Hg.): *Pazifismus in der Weimarer Republik*, Paderborn 1981

²⁴ Vgl. Anm. 20

forderten einige Mitglieder des Kartells, daß gleichzeitig eine scharfe Verurteilung kommunistischer Aktivität erfolgen sollte. Die Publikation dieses Vorgangs in dem KPD-Organ „Rote Fahne“ führte zu gegenseitigen Mißtrauens- und Ausschlußanträgen und zum Ende der Zusammenarbeit.

Gleichzeitig mit dem Friedenskartell zerfiel auch ihre mitgliederstärkste Organisation, die Deutsche Friedensgesellschaft. An ihr lassen sich am deutlichsten die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensbewegung aufzeigen. Kennzeichnend für den Prozeß ist, daß innerhalb der Organisation die radikaleren Kräfte die Oberhand gewannen, jedoch um den Preis des Zerfalls der Organisationen und der politischen Isolation von den republikanischen Parteien. In der Deutschen Friedensgesellschaft gab es drei antagonistische Strömungen, die in ihren Hauptrepräsentanten vorgestellt werden sollen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft

Zum ersten der Vorstand, der aus dem Vorkriegspazifismus kam und durch die Namen Quidde, die Völkerrechtler Schücking und Wehberg und den Altkonservativen Helmut von Gerlach repräsentiert wurden.²⁵ Die zweite Gruppierung war der Westdeutsche Landesverband mit dem Zentrum in Hagen, der durch Fritz Küster und sein Organ „Das andere Deutschland“ vertreten wurde. Eine dritte Gruppierung war die 1926 gegründete „Gruppe revolutionärer Pazifisten“, deren Hauptsprecher Kurt Hiller und Helene Stöcker waren. Zu dieser Gruppierung gehörten zeitweise auch Erich Weinert, Ernst Toller, Emil Rahboldt, Alfons Goldschmidt, Günter Mehring und Klaus Mann.

Ludwig Quidde (1878-1941), in Bremen als Kind einer erfolgreichen Kaufmannsfamilie geboren, studierte in Prag und Göttingen, begann eine rasche Karriere und wurde zum Herausgeber der Reichstagsakten des Spätmittelalters. Seinem sicheren wissenschaftlichen Aufstieg setzte er ein Ende, als er 1894 „Caligula, eine Studie über römischen Caesarenwahnsinn“ veröffentlichte, eine im wissenschaftlichen Gewande auftretende, aber sorgsam zwischen Wissenschaft und Parodie gehaltene Studie, in der nicht nur Eingeweihte unschwer Wilhelm II. erkennen konnten. Die „Historische Zeitschrift“ antwortete mit einem scheinwissenschaftlichen Verriß. Von da an war Quidde von der Zunft vollständig geächtet, die zum größten Teil der borussisch-großdeutschen Richtung Treitschkes anhing. Nur unter Schwierigkeiten konnte er Herausgeber der Reichstagsakten bleiben und widmete sich ab 1894 mehr und mehr der Politik. Er wurde bayrischer Landtagsabgeordneter und von 1914 bis 1929 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Er vertrat bis zu seinem Tod den organisatorischen Pazifismus Friedes, unterstützt durch die Völkerrechtler Schücking und Wehberg, deren Hauptlosung „Frieden durch Recht“ war. Bei den heftigen Kontroversen innerhalb der Friedensgesellschaft über die deutsche Kriegsschuld am 1. Weltkrieg vertrat er die Auffassung der Regierung, Deutschland komme nur eine geringe Schuld am Kriegsausbruch zu. Den Versailler Vertrag lehnte er als dringend revisionsbedürftig ab. Frieden konnte aber „durch Recht“ nur gestiftet werden, wenn dem Recht nötigenfalls mit militärischer Gewalt Geltung verschafft würde. Aus diesem Grunde billigte Quidde den Exekutionskrieg, „die Anwendung von Gewalt zur Pazifizierung der Welt. Ohne eine militärische Zwangsexekution, ohne die Drohung einer militärischen Zwangsexekution könnte das ganze Gebäude des Völkerbundes eines Tages zusammenstürzen. Gebrauch von Gewalt im Dienste des Rechts trägt nicht den Charakter eines Krieges, selbst wenn dabei die Methoden des Krieges zur Anwendung kommen“, schreibt er.²⁶ Er war gegen eine Abschaffung der Reichswehr, gegen die Kriegsdienstverweigerung und auch gegen die beiden großen Unterschriftenaktionen in Zwickau 1926 und im Ruhrgebiet 1927 gegen die Kriegsdienstverweigerung. Seine nationalstaatliche Blindheit führte ihn dazu, selbst nachdem er vor den Faschisten in die Schweiz fliehen mußte, in Presseinterviews zu erklären, Hitlers Außenpolitik sei friedlich und Hitler habe für die praktische Politik die Grundsätze und Forderungen des Pazifismus übernommen.

Was Quidde auszeichnet, ist seine rastlose Organisationstätigkeit, seine Fähigkeit, zwischen den extremen Positionen der Friedensbewegung immer wieder zu vermitteln, um die gelegentlich gemeinsamen Aktionen überhaupt in Gang zu bringen. 1927 erhielt er den Friedensnobelpreis, den er dringend für seine wirtschaftliche Versorgung brauchte, weil sein großes väterliches Vermögen durch die Inflation verloren gegangen war. Im Exil, selbst stark verarmt, half er mit seinem wenigen Geld auch jenen Mitgliedern der Friedensgesellschaft, die ihn aus dem Vorstand ausgebootet hatten.

²⁵ Ludwig Quidde: *Der Deutsche Pazifismus während des Weltkriegs 1914-1918*. Aus dem Nachlaß hrsgg. v. Karl Holl. Schriften des Bundesarchivs, Bd. 23, Boppard 1979; Detlev Acker: *Walther Schücking*. Münster 1970; Hellmut von Gerlach: *Von rechts nach links*. Zürich 1937

²⁶ Scheer, a.a.O., S. 378

Die Gruppe Revolutionärer Pazifisten

Zur Gruppe revolutionärer Pazifisten gehörte Helene Stöcker (1869-1943). In Elberfeld als Tochter eines Kaufmanns geboren, studierte sie Kunstwissenschaft und promovierte 1901 über das Kunstverständnis der Romantik. Ab 1903 unterrichtete sie in Berlin an der Lessing-Hochschule und gründete 1905 den „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“, dessen Zeitschrift „Die neue Generation“ sie bis zu ihrer erzwungenen Emigration 1933 herausgab. Der Bund setzte sich für uneheliche Mütter und eine individuelle Sexualmoral ein und mußte sich dafür vom Bund Deutscher Frauenvereine Anwürfe wie „Dirnengeist einer neuen Ethik“ und „weiblicher Apostel des Satans“ gefallen lassen. Sexualthemen in öffentlichen Versammlungen und uneheliche Mutterschaft als Programm wurden als sittenwidrig abgekanzelt.

Unter dem selbstgewählten Motto „Vom Mutterschutz zum Menschenschutz“ schloß sie sich 1915 der Friedensbewegung an und wurde 1921 Mitbegründerin und Chefideologin der Internationale der Kriegsdienstgegner. Die im angelsächsischen Raum übliche religiöse Begründung der Kriegsdienstgegnerschaft lehnte sie ab und berief sich auf Nietzsche. „Ich habe gelernt, mit Nietzsche das Leben als höchsten Wert anzusehen. Es ist ein Zeichen der wachsenden Selbstachtung des Menschen, daß er sich der Einmaligkeit und Unwiederbringlichkeit seiner Existenz bewußt wird und verlangt, dies köstliche, einmalige, unwiederbringliche Leben vor sinnloser Zerstörung zu bewahren.“²⁷ Sie griff auch in die heftig geführte Diskussion um die Gewaltlosigkeit ein. Während der Verband der Kriegsdienstgegner jegliche Gewalt verworfen hatte, forderte sie in einem Dialog über Klassenkampf und Gewaltlosigkeit, daß im Falle eines proletarischen Aufstandes oder eines Aufstandes zur Verhinderung eines Krieges die Gewalt von unten gerechtfertigt sei: „Im opferbereiten Bemühen, die Härten der Klassenkämpfe zu mildern, Vermittler zwischen beiden Gruppen zu sein, haben wir, wo es ohne Kämpfe nicht mehr geht, tapfer zu denen zu halten, die als die unterdrückte Klasse den sozialen Fortschritt, die höhere Entwicklung verkörpern.“²⁸

Kurt Hiller, der zweite Repräsentant der revolutionären Pazifisten (1885-1972) studierte und promovierte in der Juristerei, gründete 1908 das expressionistische Kabarett „Gnu“, desertierte 1915 aus der Armee und gründete 1918 den „Politischen Rat Geistiger Arbeiter“, als dessen Mitglied er in den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat entsandt wurde. 1920 kommt er in den Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft und sorgt für ständige Auseinandersetzungen. Er rezipierte am weitestgehenden sozialistische Terminologie: „Eine Hauptquelle der Kriege ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, und deshalb ist jeder Kampf für den Frieden als illusorisch anzusehen, der nicht zugleich Arbeit für die soziale Revolution ist. Das kapitalistische System muß daher selber abgeschafft werden.“²⁹

Jedoch verstand er unter Revolution in der Nachfolge Lassalles jede Art von Umwälzung, und das Ziel der Revolution sollte nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die „Logokratie“, die Herrschaft des Geistes sein. Er schrieb: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, aber die Totalbefreiung der Menschheit kann nur das Werk des Geistes sein“³⁰, was ihn nicht hinderte, Hegel einen Lumpen, aufgeblasenen Denkknirps und Pfuscher zu nennen: „Die verfälschte Lehre von der Gleichheit lautet, alle Menschen sind gleichwertig... Das ist ein Dogma vom Pöbel aller Klassen für den Pöbel aller Klassen erdacht. Vor Gott mögen alle gleich sein, aber wer hat die Stirn, mit Maßstäben zu messen, mit denen Gott mißt, Ziemt es endlichem Blick, Klüfte zu übersehen, die erst vor dem unendlich entfernten Auge Gottes verschwinden?“³¹ Seine revoluzzerhafte Gebärde, sein unwiderstehlicher Hang, andere zu belehren, sein sich absolut setzender Individualismus sorgten für dauernden Streit innerhalb der Friedensbewegung.

Fritz Küster

Die zentrale Person der dritten Gruppierung war Fritz Küster (1889-1966). In Hannover geboren, gehörte er zur Frontgeneration und arbeitete im Zivilberuf als Ingenieur bei der Reichsbahn. Ab 1921 organisierte er von Hagen aus den Westdeutschen Landesverband, und es gelang ihm, selbst SPD-Mitglied, Sozialdemokraten in großer Anzahl in der Deutschen Friedensgesellschaft zu organisieren. In seiner Zeitschrift „Das andere Deutschland“ schrieben die Autoren der „Weltbühne“, vor allem Tucholsky. Küster war der Motor des Widerstandes gegen den konservativen Vorstand der Friedensgesellschaft. Er betonte die hauptsächliche Kriegsschuld Deutschlands und glaubte, den Versailler Vertrag als Sühne akzeptieren zu müssen. Einer sozialistischen Gesellschaftsanalyse stand er skeptisch, jedoch nicht völlig ablehnend gegenüber: „Ein Sozialist muß Pa-

²⁷ Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: *Ingeborg Richarz Simons, Helene Stöcker*. München 1973; Scheer, a.a.O., S. 391

²⁸ *Gewalt und Gewaltlosigkeit, Handbuch des aktiven Pazifismus*, Zürich/Leipzig 1928, S. 151

²⁹ Rosemarie Schumann: *Kurt Hiller zwischen Pazifismus und Reaktion*. In: ZFG 1980, S. 957-69

³⁰ Kurt Hiller: *Ratioaktiv. Reden 1914-1964*, Wiesbaden 1966

³¹ Stephan Reinhardt (Hg.): *Kurt Hiller, Politische Publizistik von 1918-1933*, Heidelberg 1983, S. 78

zifist sein, aber ein Pazifist muß nicht Sozialist sein“.³² Er sah die Hauptursache des Krieges im Militarismus und in den Militärs. Daher forderte er die völlige Abschaffung der Reichswehr und der Kriegsdienstverweigerung. Während Quidde auf internationalen Konferenzen verkündete, Deutschland sei völlig abgerüstet und nur eine allgemeine Abrüstung, besonders in Frankreich, sei vonnöten, sah Küster die Hauptgefahr in der Reichswehr und ihrer heimlichen Aufrüstung.

Für Gewaltfreiheit war er nicht zu haben. „Wer den Krieg und dessen Verherrlichung ablehnt, der muß auch den Kampf gegen die Vertreter dieses militaristischen Gewaltgeistes wollen. Wer den Kampf will, muß auch die Mittel wollen. Nicht ein zusammengelaufener Haufen, sondern nur der einheitliche Wille einer sich auf demokratischer Grundlage einordnenden Kampftruppe vermag sich in diesem Kampf zu behaupten, Marschtempo zu halten. Da wird es ohne Fußkranke nicht abgehen, die erschlaffend oder simulierend die Reihen verlassen. Für uns Friedenskämpfer und Landesverräter gilt nur noch ein Kommando: Ran an den Feind“, schrieb er 1929.³³

Zusammenfassend läßt sich zur Ideologie der Friedensvereine in der Weimarer Republik sagen: Der organisatorische Pazifismus der Vorweltkriegszeit, der den Frieden durch internationale Verträge, Organisationen und Schiedsgerichte gewahrt wissen wollte, hatte als Zentralbegriff „Friede durch Recht“. Er stand damit in der Tradition der bürgerlichen Staatstheorie, die seit Hobbes den innerstaatlichen Frieden und die Sicherheit der Bürger durch Vertrag und die Herrschaft des Rechts gesichert wissen wollte. Nach dem Vorbild des bürgerlichen Rechtsstaates sollte auch der zwischenstaatliche Friede gewahrt werden. Die ausgearbeitetste Darlegung dieser Vorstellung findet sich in Kants Schrift zum „Ewigen Frieden“. Allen diesen Entwürfen lag die aufklärerische Illusion zugrunde, daß Individuen oder Staaten aus Vernunftensicht in die ökonomischen Vorteile des Friedens den Kampf aller gegen alle aufgeben würden. Bemerkenswert ist, daß diese bürgerliche Friedenstheorie in der Weimarer Republik nur noch von einer Minderheit vertreten wurde. Die ehemals linksliberale DDP (Staatspartei) faßte 1931 den Beschluß, daß eine Mitgliedschaft in der Friedensgesellschaft mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar sei.

Die anderen Gruppierungen der Friedensbewegung setzten der Parole „Friede durch Recht“ den Kampftruf „Friede durch Tat“ entgegen. Dieser programmatisch-praktische Bezug ließ ihnen theoretische Begründungen als sekundär erscheinen. Sie hielten sich an den sichtbarsten Gegner, die Militärs, die offizielle und die schwarze Reichswehr. Dem Militarismus galten die meisten publizistischen Angriffe der „Weltbühne“ und des „Anderen Deutschland“. Wo es zu Ansätzen von Theoriebildung kam, wurden wahllos Bruchstücke aus dem organisatorischen Pazifismus oder dem Sozialismus aller Schattierungen entliehen. Die Hinwendung zur Tat erklärt auch, warum bei den theoretischen Debatten die Gewaltfrage den größten Umfang einnahm³⁴ –, wobei die Mehrheit sich für die Gewaltanwendung im äußersten Notfall aussprach. Man mag den ideologischen Eklektizismus kritisieren, diesen Gruppierungen kommt jedoch das Verdienst zu, daß sie ab 1929 ihre Hauptaufgabe nicht mehr in der Bemühung um den internationalen Frieden sahen, sondern in der Bekämpfung des erstarkenden Faschismus. Dies führte zum Bruch mit den konservativen Teilen der Friedensgesellschaft.

1927 konnte Küster durchsetzen, daß alle Mitglieder der Friedensgesellschaft entweder sein Organ „Das andere Deutschland“ oder das Organ Försters, „Die Menschheit“, abonnieren mußten. 1929 wurde der alte Vorstand abgewählt, der Exgeneral Schönaich Vorsitzender und Küster Geschäftsführender Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Der ganze alte Vorstand um Quidde trat aus der Friedensgesellschaft aus und begann eine wilde Polemik gegen Küster, dem das Recht, sich noch Pazifist zu nennen, bestritten wurde, weil er den deutschen Militarismus als die Hauptgefahr ansah und sich nicht an die Spitze einer Revisionsbewegung des Versailler Vertrags setzte. Daß der westdeutsche Landesverband und andere Friedensorganisationen Gelder aus Frankreich akzeptiert hatten, war ein gefundenes Fressen für die nationalistische Presse und selbstverständlich Anlaß für ein Landesverratsverfahren gegen Küster. In vielen Artikeln rief Küster – unterstützt von der „Weltbühne“ – zur Einigung zwischen SPD und KPD gegen den Faschismus auf. „Einigkeit, nicht Einheitsfront, Klassenkampf, nicht Bruderkampf, Proletarier Deutschlands vereinigt euch“.³⁵ Die Organisation einer Arbeitsgemeinschaft mit diesem Ziel führte 1931 zum Ausschluß Küsters aus der SPD und dem Unvereinbarkeitsbeschluß, zugleich Mitglied der Friedensgesellschaft und der SPD sein zu können. Der entsprechende Beschluß der Staatspartei und die Wirtschaftskrise führten zu Massenausritten; 1932 hatte die Friedensgesellschaft noch 5.000 Mitglieder. Die Nazis hatten nicht mehr viel aufzulösen. Küster verbrachte fast sechs Jahre im KZ, lebte dann unbehelligt in Deutschland, trat 1945 wieder der SPD bei und wurde 1951 wegen seines Eintretens gegen die Remilitarisierung wiederum ausgeschlossen.

Ausblick: Paradoxe Mobilisierung für den Frieden

³² Scheer, a.a.O., S. 400

³³ *Das Andere Deutschland. Eine Auswahl 1925-1933*, Königstein 1980, S.335

³⁴ Vgl. Anm. 27

³⁵ Lorenz Knorr: *Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik*, Köln 1983; *Die Linke im Rechtsstaat*, Berlin 1976

Die Friedensbewegung nach 1945 soll nur noch kurz skizziert werden. Erstmals gewann sie eine Massenbasis; an der Volksabstimmung gegen die Wiederbewaffnung 1951 beteiligten sich 6 Millionen Bundesbürger, vorwiegend Arbeiter und kleine Angestellte, also das Rekrutierungsfeld von KPD und SPD und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften. Die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung 1958 brachte bei ähnlicher sozialer Basis eine noch breitere Mobilisierung. Im Unterschied zur Weimarer Zeit hatten die Bewegungen keine allgemeinen Friedensziele, sondern waren jeweils Einpunktbewegungen: Wiederbewaffnung und Aufrüstung mit Atomwaffen sollte verhindert werden. Das machte ideologische Debatten scheinbar überflüssig, trug aber auch dazu bei, daß die Bewegungen durch die ihren Zielen entgegengesetzten Entscheidungen des Bundestages praktisch zum Erliegen kamen. Ausschlaggebend für das Scheitern dieser Bewegungen war, daß sie sich im Schlepptau von Großorganisationen befanden. Teile der evangelischen Kirche und die KPD organisierten die Kampagne gegen die Wiederbewaffnung; die Führungsgremien von SPD und Gewerkschaften konnten die „Kampf dem Atomtod“-Bewegung unter Kontrolle bringen und für ihre Ziele benutzen. Es kam zu einer „paradoxen Mobilisierung“, die die Basis als beifallspendende Masse brauchte, die autonome Vertretung ihrer Interessen aber blockierte.³⁶ Die frühen Friedensbewegungen der Bundesrepublik hatten sich zwar vom Weimarer Vereinsmuster gelöst, blieben aber ihrem Selbstverständnis und ihren Aktionsformen nach Teil des parlamentarischen Willensbildungsprozesses und seiner Organisationen. Vorläufig scheint es so, daß die neue Friedensbewegung eine andere organisatorische Struktur besitzt.

Ihr Ursprung lag in vier Teilbewegungen: der Ökologiebewegung, die im Widerstand gegen die Atomkraftwerke einen nicht-technischen/nicht-produktivistischen Naturbezug entwickelte; der Alternativbewegung, die im Widerstand gegen die Definition der Bedürfnisse durch Konsum und gegen die Fragmentierung von Arbeit und Freizeit, privat und öffentlich neue Formen des Arbeitens ohne Konkurrenz und Hierarchie sucht; der Frauenbewegung, die gegen geschlechtsspezifische Zuweisung von Herrschaft nach neuen Sozialisations- und Verhaltensmustern sucht, und der Antiimperialistischen Bewegung, die die staatliche Gewalt durch gewaltsame Einzelaktionen zu verunsichern sucht. Diese Bewegungen zeichnen eine vage, kaum ausformulierte antimodernistische Ideologie aus, sie besitzen einen sehr geringen Organisationsgrad, verfügen aber in einem eigenen Kommunikationsnetz in Buchläden, Medien usw. über eine schwache Gegenöffentlichkeit. Und sie haben keine charismatischen Führerfiguren mehr. Prominente wie Eppler, Albertz sind mehr Vermittler zur herrschenden Öffentlichkeit, keine Meinungsmacher der Bewegung. Dezentralität und Ablehnung von Avantgardeansprüchen kennzeichnen die neue Bewegung.

An dieser Aufzählung wird sichtbar, daß die alte Friedensbewegung in ihren Ideologien, ihren Organisationsstrukturen und ihrer Angewiesenheit auf Führer die Denk- und Organisationsmuster der Gesellschaft, die sie bekämpfte, gerade noch einmal wiederholte. Carl von Ossietzky hat dies geahnt, als er 1928 schrieb: „So wie gewisse Naturvölker Schwachsinnigen göttliche Ehren entgegenbringen, so verehren die Deutschen den politischen Schwachsinn und holen sich von dorthin ihre Führer. Darin überbieten sie ohne Zweifel die wilden Völker, die sich auf die Adoration beschränken und die scheue Bewunderung, aber sonst mit ihren Dorfkretins weder in den Krieg ziehen noch in den Frieden.“³⁷

³⁶ Brand, a.a.O., S. 52; *Friedensanalysen 16: Die neue Friedensbewegung*, Frankfurt 1982

³⁷ Carl v. Ossietzky: *Rechenschaft. Publizistik aus den Jahren 1913-1933*. Berlin/Weimar 1970, S. 137